

Landtag: Entscheid ist rechtmäßig!

Landtag gibt der Stadt in vollem Umfang Recht. Petition hat keinen Erfolg.

HEITERSHEIM. In seiner Plenarsitzung weist der Landtag eine gegen den Bürgerentscheid eingereichte Petition zurück. Er folgt damit der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses. Dabei gibt der Landtag in allen streitig gestellten Punkten der Stadt Recht!

Innenministerium informiert: Petitionsverfahren abgeschlossen...

Das Innenministerium teilt am heutigen Montag, 03.08.2020, mit, dass eine Petition gegen die Maßnahmen der Stadt Heitersheim zur Umsetzung der Schule im Schloss erfolglos geblieben ist. Das Vorgehen durch die Stadt ist in jeder Hinsicht rechtmäßig. Der Landtag folgte der Petition in seiner Plenarsitzung vom 23.07.2020 in keinem Punkt.

Petition stellt das gesamte Verfahren in Frage. Name der Petentin, wird nicht mitgeteilt...

Die namentlich nicht benannte Petentin wendet sich gegen so gut wie jeden Schritt in dem bisherigen Verfahren: gegen den städtebaulichen Vertrag; gegen dessen Legitimation durch den Bürgerentscheid; sie bezweifelt die rechtmäßige Umsetzung durch den Bürgermeisterstellvertreter, die Zulässigkeit des Bürgerentscheids und die Seriosität des Projekts.

Bürger haben sich für das Konzept der Privatschule im Malteserschloss entschieden...

„Bei dem Bürgerentscheid... haben sich die Bürger und Bürgerinnen mehrheitlich für den städtebaulichen Vertrag und damit im Ergebnis auch für das Konzept einer Privatschule in den Räumen des Schlosses entschieden. Diese demokratische Mehrheitsentscheidung ist zu respektieren.“ so der Landtag. Der Bürgermeister ist zur Umsetzung dieser bindenden Entscheidung verpflichtet. „Für den Inhalt des... abzuschließenden städtebaulichen Vertrags waren deshalb die durch den Bürgerentscheid beschlossenen Vorgaben maßgebend.“

Städtebaulicher Vertrag begünstigt die Stadt nochmals. Nachteile sind nicht zu erkennen...

Der Landtag kann keine Regelungen zum Nachteil der Stadt erkennen. Eine Verpflichtung der Stadt, keinen Ausgleichsbetrag nach § 154 BauGB zu erheben, war schon in dem Vertragsentwurf vom 08.10.2019 enthalten. „Welche Regelungen aus dem Vertragsentwurf ... nach Auffassung der Petentin zum Nachteil für die Stadt sind, wird von ihr nicht näher dargelegt.“ Der Abschluss des städtebaulichen Vertrags war somit durch den Bürgerentscheid gedeckt. „Eine nochmalige Entscheidung des Gemeinderats über den endgültigen Vertragstext war entgegen der Auffassung der Petentin nicht erforderlich.“

Bürgermeisterstellvertreter Harald Höfler setzt gesetzliche Vorgaben um!

Der Landtag geht auch auf das ordnungsgemäße Handeln durch unseren ersten Bürgermeisterstellvertreter ein. Dieser „war deshalb berechtigt, die Stadt bei der notariellen Beurkundung des städtebaulichen Vertrags am 14.02.2020 zu vertreten und in deren Namen zu handeln.“

Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses:

<https://www.landtag->

[bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8388_D.pdf](https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/8000/16_8388_D.pdf)

Kontakt: mail@schule-im-schloss.eu Homepage: <https://schule-im-schloss.eu>